

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 21

Köln, den 20. Mai 1932

33. Jahrg.

Irrwege in der Lohnpolitik.

Ausgabe A.

Trotz aller Versicherungen und Beschwichtigungsversuche der amtlichen Stellen steht Deutschlands Wirtschaft wieder einmal im Zeichen erbitterter Lohnkämpfe. Die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 brachte eine zwangsweise Senkung der Löhne und Gehälter um 10 bis 15 Prozent und legte diese Neuordnung bis zum 30. April fest. Die deutsche Arbeiterschaft hat sich mit diesem schwerwiegenden Eingriff in ihre Existenzbedingungen nur abfinden können, weil ihr einmal durch die in Aussicht gestellte Preissenkung, die bekanntlich die relative Kaufkraft des Arbeitseinkommens erhalten sollte, eine wesentliche Kürzung des Lebensstandards erspart bleiben sollte, und weil diese Maßnahmen als wesentlicher Teil des wirtschaftlichen und außenpolitischen Gesamtplanes unsere Zustimmung erheischten.

Die Entwicklung ist nicht ganz so verlaufen, wie sich die amtlichen Stellen das gedacht haben. Wenn der Reichskanzler in den Dezembertagen erklärte, daß der herbeigeführte neue Stand der Löhne und Gehälter nur aufrechterhalten werden könne bei einem entsprechend tiefen Preisstand, dann ahnte er wohl kaum, wie bald die Statistik den Arbeitnehmern das Recht auf eine Korrektur dieser Löhne einräumen mußte. Ein Vergleich zwischen den herbeigeführten Lohnsenkungen und eingetretenen Preissenkungen fiel, sogar nach den Angaben des Preiskommissars, unbedingt zuungunsten der Löhne aus. Auch die weitere Entwicklung brachte keine Verbesserung des Zustandes, so daß bei Ablauf der Lohnstarife am 30. April immer noch ein fühlbarer Unterschied zwischen Preis und Lohn zum Nachteil des letzteren bestand. Diese Erkenntnis teilte auch das Reichsarbeitsministerium und diktierte den Sinn einer Verkaufbarung vom 24. März, in der es heißt: „Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch die Vierte Notverordnung erscheine eine erneute allgemeine Herabsetzung der Löhne und Gehälter nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert.“

Die darin enthaltene unmißverständliche Aufforderung an die Adresse der Unternehmer hat aber, wie der Augenschein lehrt, ihre Wirkung verfehlt. Nicht nur die Kündigung der Lohnverträge ist von den Arbeitgebern prompt zum 30. April ausgeführt worden, die fast 3 Millionen Arbeiter und Angestellte erfassen, darüber hinaus ist weiter für etwa 3½ Millionen Arbeiter und Angestellte das Tarifvertragsverhältnis gekündigt. Obwohl die Arbeitnehmer auf Grund der vorliegenden Tatsachen das Recht zur Kündigung der Lohnverträge in erster Linie hatten und Forderungen auf Anpassung der Löhne angesichts der wiederholten Erklärungen der Regierungsstellen über die Relation von Lohn und Preis nicht unberechtigt gewesen wären, erfolgten die Kündigungen der Verträge seitens der Unternehmer mit der ausgesprochenen Absicht, weitere Lohnkürzungen durchzuführen. Der Reichsarbeitsminister hat in einer von Prof. Briefs neu herausgegebenen Zeitschrift „Wege zur Arbeit“ Ausführungen zu der Frage: „Was soll mit den Löhnen geschehen“ gemacht, die als außerordentlich vorsichtig und abgewogen bezeichnet werden müssen. Es wird darin der Satz ausgesprochen, daß auch vom sozialen Standpunkte aus gegen eine weitere Senkung des Lohnniveaus schwerste Bedenken bestünden, jedoch die Verlängerung der Verträge im Wege einer Verordnung, ähnlich wie im Dezember, als zu vermeidende Maßnahme hingestellt. Es bliebe also nur der Weg der Verständigung oder der Schlichtung zur Regelung der aktuellen Lohnunterschiede, wobei der erstere bei der bekannten Einstellung im Arbeitgeberlager fast hoffnungslos erscheint.

Dafür zwei Beispiele: „Der Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, polemisiert gegen die

oben skizzierten Ausführungen Stegerwalds in der Nummer vom 1. Mai 1932 und sagt: „Dies lohnpolitische Programm Stegerwalds fordert ernste Bedenken und Verwahrungen der Unternehmerschaft heraus. Zwischen der Lohnpolitik, die Herrn Stegerwald als notwendig oder zweckmäßig vorschwebt, und der lohnpolitischen Entwicklung, die die deutsche Wirtschaft braucht, um die Krise zu bestehen und die Grundlage für eine wirtschaftliche Gesundung zu legen, bestehen wesentliche Gegensätze.“ Nachdem die Zeitschrift sich gegen eine Fortsetzung der staatlichen Lohnamtspolitik zur Wehr gesetzt hat, wird das lohnpolitische Ziel also verkündet: „Wir haben mit unserer Deflationspolitik noch nicht die Plattform erreicht, von der ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist. Auch die Deflation der Unkosten und darunter der Löhne kann noch nicht als abgeschlossen gelten. Das deutsche Preisniveau kann noch nicht mit den Ländern konkurrieren, die den Goldstandard aufgegeben haben...“ Wenn man das richtig zu lesen versteht, dann bedeuten diese Sätze doch nichts anderes als eine Herabwürdigung des deutschen Arbeiters zum Kuli, den man für seine Leistung mit einer Hand voll Reis abspeist. Wenn das das lohnpolitische Ideal der deutschen Unternehmer ist, dann stehen dem deutschen Volk noch sehr ernste Wirtschaftskämpfe bevor, weil die deutsche Arbeiterschaft, deren Leistungswille und Leistungskraft sprichwörtlich turmhoch über der anderer Länder stehen, diese Unternehmerabsichten nicht ruhig hinnehmen wird. Dem Reichsarbeitsministerium erwächst hier eine riesengroße Verantwortung, der es nicht mit zaghaften und tastenden Experimenten beikommen wird, auch nicht durch eine noch so entgegenkommende Haltung den Unternehmern gegenüber, sondern einzig und allein durch eine derbe und deutliche Ablehnung solcher Bestrebungen. Vor allem dürfen Regierungsstellen nicht die Hand zur Erreichung solcher Ziele bieten und müssen klar und eindeutig sich den Schutz der Arbeitnehmerinteressen zur Aufgabe machen.

Ein zweites Beispiel bietet die Tagung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes am 15. April in Berlin. Dort hat man nach dem amtlichen Bericht zwar die Tatsache der eingetretenen Lohnsenkungen anerkennen müssen, diese aber im selben Atemzuge selbstverständlich als ungenügend bezeichnet. „Gerade für das Holzgewerbe sei eine weitere Entlastung der Produktionskosten auch von der Lohnseite her unbedingt notwendig, wie denn überhaupt alle Binnenlöhne noch erheblich gesenkt werden müßten, wenn das Wirtschaftsleben wieder in Gang kommen soll.“ Die Fortschritte im wirtschaftlichen Denken haben unter akademischer Anleitung besonders bei den Holzindustriellen riesige Fortschritte gemacht. Nur hat man vergessen die notwendige Anzahl Vorlesungen über wirtschaftliche Logik zu belegen. Auf dieser Tagung wurde nämlich beweglich Klage geführt über den mangelhaften Absatz holzindustrieller Erzeugnisse und die schrumpfende Kaufkraft, aber zur Behebung dieser Schwierigkeiten weitere Lohnkürzungen verlangt. Das verstehe wer kann. Menschen mit gesunden Sinnen stehen hier vor einem pathologischen Rätsel. Es ist doch offensichtlich, daß die Not der breiten Volksmassen täglich größere Formen annimmt und selbst die noch in Beschäftigung stehenden Teile der Arbeiterschaft nur noch Löhne verdienen, die zur Bestreitung des allernotwendigsten Lebensbedarfs kaum hinreichen. Wie man von einer weiteren Kürzung der Arbeitseinkommen eine Wirtschaftsbefebung erwarten kann, bleibt da schleierhaft. Vielleicht dämmert diesen Leuten aber auch noch ein-

mal die Erkenntnis, daß sie einen lohnpolitischen Irrweg gegangen sind, und hoffentlich ist's dann zur Umkehr nicht zu spät.

Jeder Versuch, Löhne und Gehälter weiter zu senken, ist wirtschaftlich sinnlos und hat verzweifelte Ähnlichkeit mit einem wirtschaftlichen Selbstmordversuch. Weder eine Steigerung der Ausfuhr noch eine Stärkung des Binnenmarktes kann der Erfolg einer derartigen Maßnahme sein. Eine nochmalige Lohn- und Gehaltsenkung wird automatisch neue und schärfere Abwehrmaßnahmen des Auslandes hervorrufen und zu einer Steigerung der Krisenerscheinungen führen. Für den Binnenmarkt muß eine weitere Schrumpfung der Kaufkraft die Folge sein mit all ihren Begleiterscheinungen. Als erste und nächste Folge muß sich die Forderung nach neuer und energischer durchgeführter Preissenkung ergeben, auf deren Erfüllung die Arbeitnehmerschichten dann aber größeren und gewichtigeren Nachdruck legen müssen. Die mit alledem verbundene wirtschaftliche Beunruhigung wird nicht eine Belebung, sondern Lähmung der Wirtschaft bedeuten und den letzten Rest von Vertrauen in die Staats- und Wirtschaftsführung aufs Spiel setzen. Die ist da nicht mehr zu verlieren.

Der Mißerfolg des Lohnabbaues.

Einen interessanten Beitrag zur Frage, inwieweit der Lohnabbau die daran geknüpften wirtschaftlichen Erwartungen erfüllt hat, liefert die Forschungsstelle für den Handel in Berlin. Dieses Unternehmen, von Handelskreisen gegründet, dient den Interessen des Handels, ist also gegen den Vorwurf, zu eng mit den Gewerkschaften verbunden zu sein, sicher gefeit. Die Ende April veröffentlichten Untersuchungen der Forschungsstelle befassen sich mit der Entwicklung der Umsätze. Diese sind, wie die Darstellung beweist, erheblich stärker gesunken als die Unkostenquote. Die Wareneinheit mußte infolgedessen mit einem höheren Unkostenfuß belastet werden.

	Umsätze		Kosten	
	1931 in Proz.	von 1929	1930 1930	1931 1931
Textilkaufhäuser	80,4	92,3	29,6	31,7
Schuhe	78,3	92,4	23,3	24,2
Glas, Porzellan und Hausrat	72,5	90,7	33,5	37,6
Eisenwaren	72,5	93,6	26,5	30,0

Die beiden letzten Spalten beweisen, daß die völlig verschiedene Entwicklung der Umsätze und der Kosten die Kosten pro Einheit der Ware steigert, die Ware also verteuert.

Soweit eine Verminderung der Kosten, als Ganzes gesehen, erzielt werden konnte, geschah das zu Lasten der Löhne und der Gehälter, des Personals. Hier spielen neben Gehaltskürzungen und Kurzarbeit vor allem wohl Entlassungen eine Rolle. Diesfach geht die so erzielte Einsparung bei den Personalkosten weit über die Einsparung bei den Gesamtkosten hinaus. Aufgehoben wird aber die weitgehende Einsparung bei den Personalkosten, also bei Löhnen, Gehältern usw. durch andere Unkosten, die nicht entsprechend gesenkt wurden bzw. gesenkt werden konnten.

Entwicklung der einzelnen Kostenarten

	Gesamt- kosten	Personal- kosten	Miete	Licht, Kraft, Seisung
Textilkaufhäuser	91,9	87,5	94,6	98,3
Eisenwaren, Gruppe Herde, Ofen	93,8	91,7	96,0	96,4
Glas, Porzellan und Hausrat	92,0	89,0	94,0	95,1

Diese Zahlen des Forschungsinstituts geben, obwohl sie das von uns Gesagte unterstreichen, die Verhältnisse noch nicht richtig wieder. In den Personalkosten des Forschungsinstituts steckt nämlich noch der „Unternehmerlohn“. Die Einsparungen bei den Personalkosten sind also viel weiter getrieben worden, als die Zahlen zeigen. Andererseits ist die Arbeitsleistung der beschäftigten Personen gestiegen.

Belegschaft, Leistung und Kosten

	Umsatz		Personal-	
	je beschäft. Personen	je beschäft. Person	je beschäft. Person	kosten
Textilkaufhäuser	93,0	91,4	108,7	87,5
Schuhe	95,8	90,9	100,2	96,7
Eisenwaren	83,6	89,0	105,9	94,3
Glas, Porzellan, Hausrat	87,2	92,2	108,0	89,0

Hier wird die bemerkenswerte Tatsache, daß eine Kostensteigerung trotz des erheblichen Lohn- und Gehaltsabbaus eingetreten ist, von der Forschungsstelle für den Handel nachgewiesen. Der Erfolg der

Lohnabbauaktion, gegen die wir immer unsere größten Bedenken hatten und ausgesprochen haben, ist ausgeblieben. Mit großem Geschick wurde dem deutschen Volke die Notwendigkeit der Lohnabbaumaßnahmen suggeriert und durch die in Aussicht gestellte Preissenkung schmackhaft gemacht. Das Fiasko der Preissenkung ist offensichtlich, denn diese ist längst nicht in dem versprochenen Maße eingetreten. Jedenfalls ist die Relation von Preis und Lohn nach Durchführung der Lohn- und Preissenkungsaktion noch unglücklicher als vorher. Die Folge ist der von der Forschungsstelle vermerkte Umsatzrückgang. Wenn dieser nun, trotz der Lohnsenkung zu einer höheren Unkostenbelastung führt, ist es an der Zeit, daß weitere Experimente auf lohnpolitischem Gebiete unterlassen werden, die wohl unerträgliche Einschränkungen bei der Arbeiterschaft bedingen, aber im Enderfolg zum mindesten problematisch bleiben.

Die Zahlen geben in seltener Deutlichkeit wieder, daß durch Lohnabbau eine Warenverbilligung und Ankurbelung der Arbeitsmärkte nicht erreicht werden kann. Wer etwas anderes behauptet, behauptet etwas Falsches. Das Unkostenproblem ist in der modernen Wirtschaft so stark mit dem Umsatz verknüpft, daß durch Lohnabbau keine Warenverbilligung erreicht werden kann. Umsatzsteigerung heißt Warenverbilligung.

Hoffentlich finden die von der Forschungsstelle für den Handel veröffentlichten Tatsachen bei den maßgeblichen Stellen die erforderliche Beachtung und Würdigung.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften.

Am 3. Mai beschäftigten sich führende evangelische Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mit der politischen Lage, wie sie durch den Ausfall der preußischen Landtagswahl für den evangelischen Teil der christlich-nationalen Arbeitnehmerbewegung entstanden ist.

Einmütig waren die verschiedenen Parteien angehörenden Arbeiterführer der Ansicht, daß die sozialreaktionären Strömungen im Nationalsozialismus und seine Feindschaft gegen jede wirklich selbständige Gewerkschaftsbewegung die schärfste Aufmerksamkeit und Abwehr erfordern.

Es wurde ein Ausschuß eingesetzt, der einen geschlossenen politischen Einsatz der evangelischen Arbeiterschaft für die Durchsetzung christlich-sozialer Grundsätze in der praktischen Politik anbahnen soll. Er wird binnen kurzem die Ergebnisse seiner Arbeit in einem Aufruf an die evangelische Arbeiterschaft bekanntgeben. Der Ausschuß besteht aus den Gewerkschafts- bzw. Arbeiterführern: Behrens, Baltrusch, Hartwig, Thranert, O. Rümmele, K. Duden, Kandzia, Menstre, Hüfner, M. Amann, H. Krömmelbein.

*

Die vorstehend genannten und weiteren evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaftsbewegung nehmen in einer besonderen Verlautbarung Stellung zu einer vom Vorstand des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine kürzlich veröffentlichten

„Erklärung zur Gewerkschaftsfrage“

In dieser sind Stellen enthalten, die auf einer Verkenning des Wesens und der Aufgaben der christlichen Gewerkschaften beruhen. Dieser Vorgang gab dem vorgenannten Kreis führender evangelischer Kollegen Veranlassung zu der untenstehenden Gegenerklärung. Aus dieser sind die Punkte aus der Erklärung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine, die zu scharfen Beanstandungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften Anlaß gaben, ersichtlich. Die Erwiderung der evangelischen-christlichen Gewerkschaftsführer lautet:

„Der Gesamtverband EAD hat in seiner Erklärung vom 1. April zwar in erfreulicher Weise herausgestellt, daß eine gewerkschaftsfeindliche Stellung zugleich Arbeiterfeindlichkeit bedeutet, aber bedauerlicherweise glaubt er selbst gegenwärtig „gewerkschaftsbejahend und gewerkschaftskritisch zugleich“ sein zu müssen, weil die christlichen Gewerkschaften angeblich „nach konfessionell-parteilichem Rückblicken die ursprüngliche überparteiliche christliche Gewerkschaftsidee selbst verlassen und einer taktischen Annäherung an den Marxismus Platz gemacht“ haben sollen. Diesen schweren Vorwurf weisen die Unterzeichneten ganz entschieden als unhaltbar zurück. Seit mehr als 30 Jahren hat keine andere Bewegung bis zur Gegenwart dermaßen erkennbar in der Öffentlichkeit ihre

Ablehnung des Marxismus in wirtschaftlicher und religiöser Beziehung dargetan, wie die christlichen Gewerkschaften. Wenn in der Nachkriegszeit zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen eine gewisse Annäherung in der Gewerkschaftstaktik eingetreten ist, dann ist das ein Verdienst der christlichen Gewerkschaften, die durch ihre Beharrlichkeit erreicht haben, daß selbst die freien Gewerkschaften weithin in der Praxis heute das tun, was die christlichen Gewerkschaften schon vor dem Kriege gefordert haben. Die Änderung in der Gewerkschaftstaktik hat natürlich noch keineswegs den marxistisch-sozialistischen Grundcharakter der freien Gewerkschaften verändert. Aber noch viel weniger ist die christliche Gewerkschaftsidee irgendwie beeinträchtigt oder gar verlassen worden, vielmehr hat sie in den Stürmen der Revolution sowohl wie im heutigen Ansturm der sozialen Reaktion erst recht ihre Festigung erfahren.

Nun sind aber die christlichen Gewerkschaften keineswegs nur „aus Protest gegen die ständige Verletzung der politischen und religiösen Neutralität der freien Gewerkschaften“ entstanden, sondern vor allem auch zur entschiedenen Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. Das bewirkt ganz von selbst auch ein taktisches Zusammengehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen, wenn das gemeinsame Arbeiterinteresse gegenüber den Gewerkschaftsgegnern es erfordert. Das ändert aber gar nichts an der weltanschaulichen Grundlage der christlichen Gewerkschaften, die nach wie vor sich zum Christentum und zur Volksgemeinschaft bekennen.

Auch die „Überparteilichkeit“ der christlichen Gewerkschaftsbewegung ist unerschütterlich, wie sich von selbst aus der Zugehörigkeit von christlichen Gewerkschaftsmitgliedern zu verschiedenen nichtsozialistischen Parteien ergibt. Aber es ist eine absolut falsche Deutung der parteipolitischen Neutralität, wenn den christlichen Gewerkschaften ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie sozialreaktionäre Bestrebungen politischer Parteien, namentlich wenn deren Gewerkschaftsfeindlichkeit offenkundig ist, bekämpfen, wo sie anzutreffen sind. Wem das unangenehm ist, der mag das Verhalten der betreffenden Parteien kritisieren und nicht die christlichen Gewerkschaften, die hier in berechtigter Abwehr stehen.

Wenn die CAD-Bewegung das Lebensrecht der Gewerkschaft als wirtschaftliche Interessenvertretung in ihrer Erklärung wie in ihrem Essener Programm von 1931 erfreulicherweise bejaht, dann darf sie sich aber nicht zu einer schiefen Beurteilung verleiten lassen, die einer einseitig parteipolitischen Anschauung entspringt.

Auch die Bildung der „Volkfront“, über die man verschiedener Meinung sein kann, bedeutet keine Preisgabe der Grundidee der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Auf die wirksame Abwehr des politischen Radikalismus, der sich sowohl in der modernen Gottlosenbewegung des Bolschewismus als auch in dem Neuheidentum des Nationalsozialismus zeigt, kann nicht verzichtet werden.

Die Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung und die Abweisung illegaler Bestrebungen muß gewiß in erster Linie Aufgabe des Staates und seiner Machtmittel sein. Wo diese aber nicht ausreichen, muß die Arbeiterschaft zu ihrem bewährten Mittel der Selbsthilfe greifen, zumal dann, wenn der Bestand der Arbeiterrechte und die Existenz einer selbständigen Arbeiterbewegung bedroht erscheinen.

Daß die evangelischen Arbeitervereine nicht von vornherein vor Bildung der Volkfront um ihre Beteiligung gebeten wurden, bedauern wir; zum Teil ist das jedoch der unklaren Haltung der CAD-Bewegung selbst zuzuschreiben, die nicht einmal zur Reichspräsidentenwahl eine eindeutige Parole für ihr Ehrenmitglied Hindenburg herauszugeben vermochte.

Auch das in der CAD-Erklärung gestellte Verlangen, daß „die Gewerkschaften sich frei machen sollen von der falschen Auffassung, von ihrem Standort aus die letzten Fragen von Staat, Nation, Kultur und Kirche als verlängerte Interessenlinie lösen zu können“, ist gegenüber den christlichen Gewerkschaften deshalb unberechtigt, weil letztere sich selbst der Grenzen ihrer Arbeit bewußt sind. Aber sie werden es sich nicht nehmen lassen, auch von ihrem Standort zu den Fragen von Staat, Nation und Kultur wie bisher Stellung zu nehmen, während von ihnen in „die letzten Fragen der Kirche“ überhaupt nie hineingeredet worden ist.

Die christlichen Gewerkschaften anerkennen durchaus die Existenz der konfessionellen Arbeiterstandesbewegung und damit auch der evangelischen Arbeitervereine, deren in neuerer Zeit verstärkter ständisches Wollen aus ihrer religiös-sittlichen Grundeinstellung heraus nur zu begrüßen ist. Aber wir erwarten, daß der Gesamtverband CAD seine Erklärung zur Gewerkschaftsfrage revidieren und sich wieder wie früher zur treuen Waffenbrüderschaft mit den christlichen Gewerkschaften bekennen wird.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 15. bis 21. Mai 1932 ist der 21. Wochenbeitrag fällig.

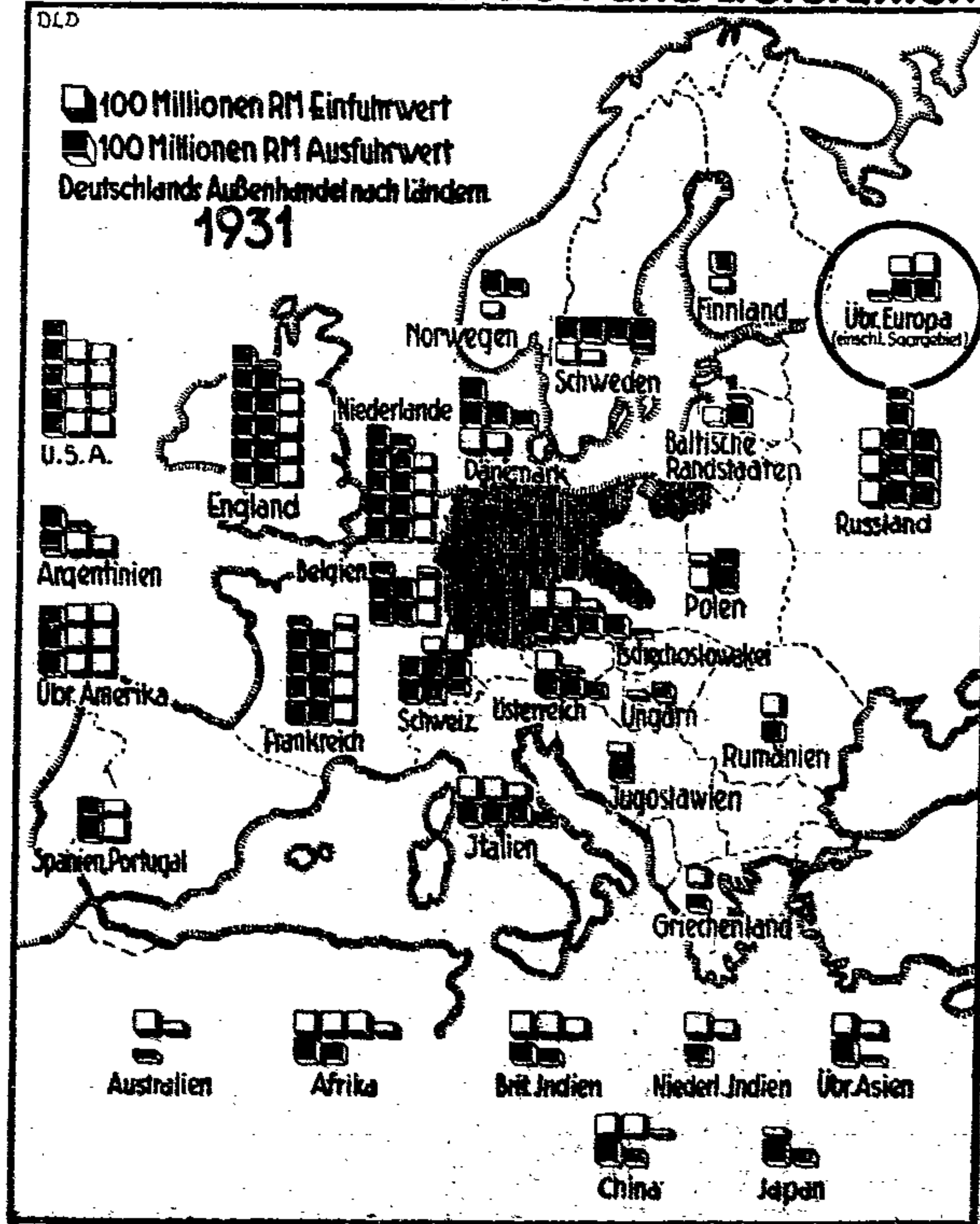
Sterbetafel.

- Josef Meyer, Schreiner, 58 Jahre, Bonn,
- Josef Staufer, Säger, 56 Jahre, Königshütte,
- Wilhelm Drofts, Holzarbeiter, 67 Jahre, Oennhausen,
- Emanuel Neutwich, Tischler, 84 Jahre, Görlitz,
- Raimund Beckerer, Schreiner, 76 Jahre, Dillingen,
- Franz Meyer, Schreiner, 45 Jahre, Dortmund,
- Gg. Ries, Holzarbeiter, 60 Jahre, Zapfendorf,
- Josef Dorner, Drechsler, 41 Jahre, Lahr,
- Konrad Schmitz, Schreiner, 71 Jahre, Köln,
- Gg. Landes, Kistenmacher, 46 Jahre, Kohlgrub,
- Anton Leichtle, Schreiner, 69 Jahre, Laupheim,
- Anselm Heß, Holzarbeiter, 58 Jahre, Ummendorf,
- Hermann Kamen, Schreiner, 79 Jahre, Bochum,
- Gustav Krüger, Schreiner, 52 Jahre, Berlin,
- Wilhelm Paehold, Tischler, 62 Jahre, Berlin,
- Fritz Henke, Schreiner, 48 Jahre, Düsseldorf,
- Josef Zander, Schreiner, 57 Jahre, Aachen,
- Paul Brauner, Brettschneider, 57 Jahre, Hammer,
- August Hermann, Beizer, 67 Jahre, Freiburg i. Br.,
- Rudolf Schumann, Tischler, 65 Jahre, Bielefeld,
- Emil Ajal, Bohrer, 68 Jahre, Todtnau.

Ruhet in Frieden!

Rundschau.

Deutschlands Kunden und Lieferanten

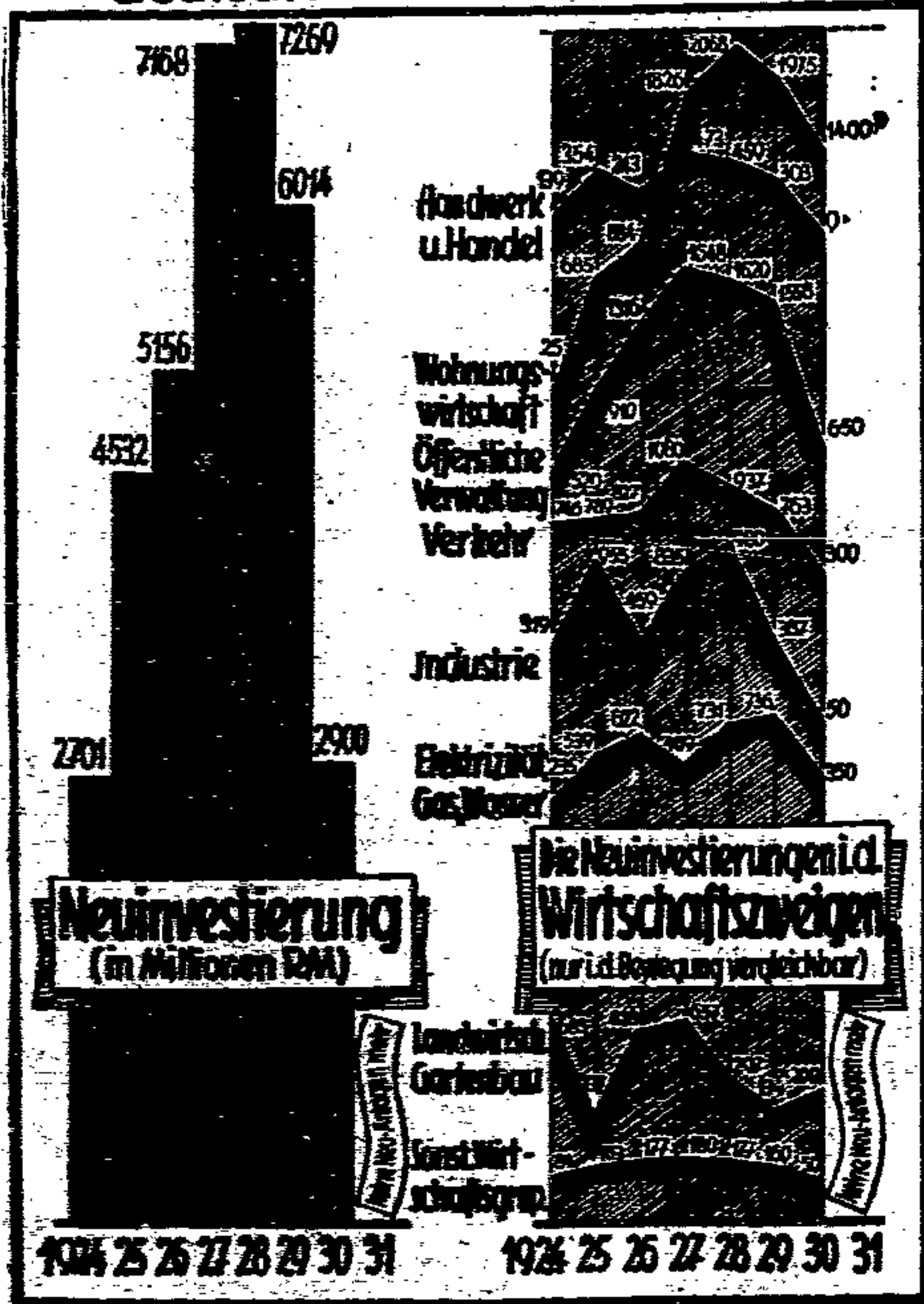


Der deutsche Außenhandel im Jahre 1931.

Die deutsche Ausfuhr des Jahres 1931 ist gegen das Vorjahr und erst recht gegen das Jahr 1929 stark zurückgegangen, in noch größerem Umfange hat sich die Einfuhr nach Deutschland verändert, und so hat das Bild von der Zusammenstellung der deutschen Kunden und Lieferanten ein ganz anderes Gesicht als früher. Die deutsche Aus-

fuhre nach den Überseeländern ist ganz besonders stark gefallen, fast durchweg über 50 Prozent, während die Ausfuhr nach den europäischen Ländern erheblich besser geblieben ist. Der Grund hierfür liegt natürlich in den besonders großen Wirtschaftsschwierigkeiten der überseeischen Rohstoff- und Agrarländer. Auch den Industrieländern Europas ging die Ausfuhr Deutschlands nur um 24,5 Prozent zurück, nach den Agrarländern Europas um 35 Proz., nach Übersee aber durchschnittlich um 50 Proz. Die Einfuhr Deutschlands aus Europa hat sich seit 1928 fast halbiert, wie die Gesamteinfuhr von 14 Milliarden Reichsmark auf 7 Milliarden Reichsmark zurückging. Von der schwindenden Einfuhr ist am härtesten Amerika betroffen. Die Welt wird sich nur erholen können, wenn sich Deutschland erholen kann, und Deutschland kann sich nur erholen, wenn die Welt ihm wieder die Möglichkeit gibt, ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel zu kaufen. Deutschland kann aber nur kaufen, wenn es seine Industrieerzeugnisse absetzen kann.

Die Neuinvestitionen der deutschen Volkswirtschaft 1924-1930



Die Sachinvestitionen in Deutschland.

Im Jahre 1928 wurden über den laufenden Ersatz der bestehenden Produktionsanlagen hinaus in Deutschland für den Betrag von 7,3 Milliarden Reichsmark Neuanlagen von Produktionsmitteln errichtet. Im Jahre 1930 wurden höchstens noch für 2,8 Milliarden Reichsmark neue Einrichtungen geschaffen, und für das Jahr 1931 ist nach Meinung des Instituts für Konjunkturforschung im Gesamtbereich der deutschen Volkswirtschaft die Minderung der vorhandenen Anlagen durch laufenden Verschleiß und Überalterung größer gewesen als die Summe der Ersatz-Investitionen und der vereinzelt Neuanlagen. Die deutsche Industrie hat also im vergangenen Jahre von der Substanz gelebt. Der Sachgüterbestand der deutschen Volkswirtschaft wurde nicht mehr vermehrt, sondern wurde sogar vermindert. Die bergewerbliche Bruttoproduktion, die der wichtigste Maßstab für die Investitionstätigkeit ist, dürfte 1931 höchstens noch 4,5 Milliarden betragen haben und damit auf den tiefsten Stand seit 1924 gekommen sein. Das Institut schätzt, daß im Jahre 1931 in Deutschland höchstens noch für 1.500 Millionen Reichsmark Maschinen neu aufgestellt wurden, während für diesen Zweck 1928 über 3 Milliarden Reichsmark verwandt wurden. Bei der Industrie, beim Handwerk sowie beim Handel und der Landwirtschaft kam die Investitionstätigkeit fast vollständig zum Stillstand. Auch in den Aufwendungen der öffentlichen Verwaltung ist seit 1929 eine große Zurückhaltung festzustellen, vor allem auch bei der Reichsbahn und der Reichspost. Man sieht aus diesen Zahlen, wie die deutsche Wirtschaft zusammengeschrumpft ist.

Evangelischer Arbeiterkursus. Die Evangelisch-soziale Schule im Johannesstift Spandau veranstaltet vom 5. Juni bis 3. Juli ihren nächsten Kursus für evangelische Arbeiter. Auf diesen Kursen werden von der Grundlage des evangelischen Glaubens aus die Lebensfragen der Kirche, des Volkes und Staates sowie des Arbeiterstandes behandelt. Neben einer gründlichen Klärung und Vertiefung der Fragen des heutigen Weltanschauungskampfes werden Wirtschaftsfragen, Sozialpolitik und Arbeiterbewegung besonders gründlich durchgearbeitet. Das geschieht in der Form der Arbeitsgemeinschaft, wobei auch Redeübungen, Organisations- und Demonstrationstechnik einbezogen werden. Der Kursus hat überparteilichen Charakter.

Als Teilnehmer sind vor allem solche evangelischen Arbeiter im Alter von etwa 20 bis 35 Jahren erwünscht, die sich in der praktischen Mitarbeit in der evangelischen bzw. christlichen Standesbewegung bereits bewährt haben. Meldungen und Anfragen sind an die Evangelisch-soziale Schule E. D., Berlin-Spandau, Johannesstift, zu richten. Die Teilnehmergebühr einschließlich Verpflegung und Unterkunft beträgt 75 RM.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hamm. Der Vorstand der Zahlstelle hatte die Mitglieder und deren Familienangehörige zu einer Familienfeier, verbunden mit Wimpelweihe der Jugendgruppe, eingeladen. Etwa 40 Mitglieder mit ihren Familien waren dem Rufe gefolgt. Der Jugendführer, Kollege Böhmmer, eröffnete die Feier mit einer sinnreichen Begrüßungsansprache. Er begrüßte alle auf das herzlichste, besonders den Gauleiter, Kollegen Kutscheidt aus Bochum, der gern und freudig der Einladung gefolgt war, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß alle recht vergnügte Stunden verleben möchten, zumal der Vorstand weder Mühen noch Kosten gescheut hatte, um diese Feier zu einer machtvollen Kundgebung zu gestalten. Mit feinem Humor verstand er es, schon von vornherein alle Anwesenden in die richtige Festesstimmung zu versetzen.

Sodann nahm der Kollege Kutscheidt das Wort zu etwa einstündigen Ausführungen. Redner verstand es in vortrefflicher Weise, auch die Damen für den richtigen Gewerkschaftsgedanken zu interessieren. Er beleuchtete vor allen Dingen, wie wichtig es gerade heute sei, fest und treu im Verband zusammenzustehen, um der großen Wirtschaftskrise mit ihrer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, von der heute fast jeder Arbeiter betroffen ist, endlich einmal Einhalt zu gebieten. Reichlicher Beifall lohnte den Redner für seine klaren und eindringlichen Worte.

Hierauf ergriff der älteste Kollege unserer Zahlstelle, der Kollege Spickermann, das Wort. Er dankte zunächst dem Kollegen Kutscheidt für seinen Vortrag, ferner dankte er dem Vorstand für dieses Fest. Ein ganz besonderes Lob erhielt der Jugendführer, der sich in uneigennützig Weise der Jugend zu Verfügung gestellt hat.

Dann ging man zur Weihe des Wimpels über. Kollege Kutscheidt nahm den Weiheakt vor. Nachdem er einige sinnreiche Worte an die Jugendlichen gerichtet hatte, übergab er dem jugendlichen Kollegen Seifert, der sich bereits die silberne Ehrennadel des Verbandes erworben hat, den Wimpel mit den Weiheworten: „Arbeit, Einigkeit, Schutz und Treue“. Hierauf wurde von allen Anwesenden das Jugendsturmlied: „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“ mit Begeisterung stehend gesungen. Dann ging man zum gemütlichen Teil über. Kollege Adämmer brachte einige schöne Vorträge zu Gehör. Bei Konzertweisen, gemeinschaftlichen Liedern und einem kleinen Familienänzchen vergingen die Stunden nur allzu rasch, und man trennte sich mit dem Bewußtsein, herrliche Stunden verlebt zu haben.

Die Mitglieder seien an dieser Stelle schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir Ende Mai oder Anfang Juni einen Familienausflug nach Pilschholz unternehmen werden. A. K.

Intarsien aller Art

Katalog gegen 50 Pfg. in Briefmarken.
E. Biller, Heidelberg, Theaterstraße 711

Anzeigenpreis für die viergesp. Millimeterzelle 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Deutscher Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.
Der „Solzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt — Für Nichtmitglieder ist der „Solzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Selbstsendungen nur Postfachkonto 7118 Köln.